

**Der Beitrag des österreichischen
Abgabensystems zur sozio-
ökologischen Transformation**

Margit Schratzenstaller
Angela Köppl
Stefan Schleicher

Der Beitrag des österreichischen Abgabensystems zur sozio-ökologischen Transformation

Margit Schratzenstaller, Angela Köppl, Stefan Schleicher

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Begutachtung: Claudia Kettner, Simon Loretz

Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Sutrich

WIFO Research Briefs 3/2023

Februar 2023

Inhalt

Auch die Steuern und Abgaben sehen sich großen Herausforderungen der Transformation gegenüber. Sie spielen im Rahmen der Klima- und Umweltpolitik sowohl als Instrument zur Finanzierung öffentlicher Leistungen im Allgemeinen und klima- und umweltpolitischer Aufgaben im Besonderen als auch als Lenkungsinstrument eine wichtige Rolle. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ist in Österreich das Aufkommen an Umweltsteuern im engeren Sinne langfristig konstant und liegt anhaltend unter dem EU-Durchschnitt. Dagegen haben die umweltrelevanten Zahlungen an Gemeinden (z. B. Abwasser- oder Müllgebühren) und sonstige Gebietskörperschaften deutlich an Gewicht gewonnen. Mit der Einführung einer CO₂-Bepreisung im Jahr 2022 schließt Österreich an die wachsende Gruppe jener Länder auf, die eine CO₂-Bepreisung als Instrument der Klimapolitik nutzen. Künftige Reformen sollten auf einen umfassenderen Beitrag des Abgabensystems zur erforderlichen sozio-ökologischen Transformation abzielen, der über die derzeitige Fokussierung auf klimapolitische Zielsetzungen hinausgeht. Insbesondere soll das Abgabensystem im Rahmen eines breiteren Maßnahmen-Mix helfen, den Ressourcenverbrauch (einschließlich der Ressource Boden) einzudämmen, die Biodiversität zu schützen und die Kreislaufwirtschaft zu unterstützen. Dies erfordert auch den stärkeren Einsatz von transformativen Abgaben auf den subnationalen Ebenen.

E-Mail: margit.schratzenstaller@wifo.ac.at, angela.koeppel@wifo.ac.at, stefan.schleicher@wifo.at

2023/1/RB/0

© 2023 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 | Tel. (43 1) 798 26 01-0 | <https://www.wifo.ac.at>

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70654>

Der Beitrag des österreichischen Abgabensystems zur sozio-ökologischen Transformation

Angela Köppl, Stefan Schleicher, Margit Schratzenstaller

1. Einleitung

Auch die öffentlichen Finanzen sehen sich großen Herausforderungen der Transformation gegenüber. Dies betrifft neben der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte sowie Implementierungs- und Monitoring-Mechanismen¹⁾ auch die staatlichen Einnahmen. Steuern und Abgaben spielen im Rahmen der Klima- und Umweltpolitik sowohl als Instrument zur Finanzierung öffentlicher Leistungen im Allgemeinen und klima- und umweltpolitischer Aufgaben im Besonderen als auch als Lenkungsinstrument eine wichtige Rolle. Sie können Anreize zur Vermeidung klima- und umweltschädlichen Verhaltens bzw. zur Förderung klima- und umweltfreundlichen Verhaltens von Haushalten und Unternehmen setzen (Köppl & Schratzenstaller, 2021 und 2022; Timilsina, 2022). Das Steuersystem kann aber auch ökologisch kontraproduktive Steuerausnahmen (d. h. indirekte ökologisch kontraproduktive Subventionen) beinhalten, die klima- und umweltpolitischen Zielsetzungen zuwiderlaufen (Kletzan-Slamanig et al., 2022).

2. Status Quo der Umweltbesteuerung in Österreich

Nach einer von EU und OECD akkordierten Definition²⁾ werden als Umweltsteuern jene Steuern bezeichnet, deren Steuerbemessungsgrundlage eine Umweltrelevanz aufweist. Demnach werden Umweltsteuern in folgende Untergruppen unterteilt:

- Energiesteuern (in Österreich Mineralölsteuer, Energieabgabe (Elektrizitäts-, Erdgas-, Kohlenabgabe), CO₂-Bepreisung, Sonderabgabe auf Erdöl³⁾)
- Transportsteuern (in Österreich Kfz-Steuer und motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenverkehrsbeitrag, Flugticketabgabe)
- Umweltverschmutzungssteuern (in Österreich im Wesentlichen Altlastenbeitrag)
- Ressourcensteuern (in Österreich insbesondere Jagd- und Fischereiabgabe, Landschafts- und Naturschutzabgabe)

¹⁾ Vgl. zu einem Überblick über klima- und umweltrelevante öffentliche Ausgaben in Österreich Köppl et al. (2022). Weitere Research Briefs zu den ökologisch kontraproduktiven Subventionen sowie zu den Implementierungs- und Monitoring-Mechanismen zur Ökologisierung der öffentlichen Finanzen in Österreich erscheinen demnächst.

²⁾ Environmental Taxes. A Statistical Guide (Eurostat, 2013).

³⁾ Die Sonderabgabe auf Erdöl wird seit 1996 nicht mehr erhoben.

Hinzu kommen die sogenannten "ökologisch relevanten Zahlungsströme", zu denen die Müll-, Abwasser- und Wassergebühren, der Verkauf der Autobahnvignette, das Lkw-Roadpricing, Mauten sowie die Parkometerabgabe in Wien gezählt werden.

Umweltsteuern sind – wie Verbrauchssteuern allgemein – in der Regel als Mengensteuern konzipiert, d. h. der Steuersatz wird als absoluter Geldbetrag pro Einheit der Steuerbasis (z. B. € pro Liter Benzin) ausgedrückt⁴). Sie unterliegen damit, sofern sie nicht regelmäßig an die Preisentwicklung angepasst (indexiert) werden, einer "kalten Degression", d. h. einem schleichenden inflationsbedingten Wertverlust.

Definitionen und Abgrenzungen

Auf internationaler Ebene wurde von Eurostat, der OECD und der International Energy Agency (IEA) eine einheitliche Definition von Umweltsteuern (*Eco-Taxes*) erarbeitet, deren Klassifikation in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (*National Accounts*) sowie in der *National Tax List* einerseits und in den *Revenue Statistics* andererseits ihren Niederschlag findet. Erfasst werden Steuern, deren Bemessungsgrundlage ein umweltschädigender Vorgang ist.

Statistik Austria folgt dieser Definition weitestgehend, klassifiziert jedoch zusätzlich die Grundsteuer B als Ressourcensteuer aufgrund von Bodenversiegelung durch Verbauung von Grundstücken (in der *National Tax List* wird diese den vermögensbezogenen Steuern zugeordnet).

Von Statistik Austria werden in der Umweltgesamtrechnung im Modul 'Öko-Steuern' in einem Nebenkonto überdies die sogenannten 'ökologisch relevanten Zahlungen' erfasst. Dabei handelt es sich nicht um Steuern (i.e.S.), sondern um zweck- und leistungsgebundene Gebühren und Abgaben wie beispielsweise Müll-, Wasser- und Abwassergebühren.

2.1 Gesetzgebungs- und Ertragskompetenz bezüglich der Umweltsteuern in Österreich

Übersicht 1 zeigt die Gesetzgebungskompetenz hinsichtlich der Umweltsteuern in Österreich. Die Gesetzgebungskompetenz bezüglich der Steuern auf den Energieverbrauch ist vollkommen zentralisiert, ebenso wie die transportbezogenen Steuern (mit Ausnahme der Parkometerabgaben). Relativ stark dezentralisiert ist dagegen die Abgabehoheit im Bereich der Steuern und Gebühren auf Ressourcenverbrauch sowie Verschmutzung⁵).

Der Ertrag aus den meisten Steuern auf Energieverbrauch und Transport steht über den Steuerverbund Bund, Ländern und Gemeinden zu, während die Einnahmen aus fast allen Steuern bzw. Abgaben im Bereich Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung den Gemeinden bzw. (in weit geringerem Ausmaß) den Ländern zufließen.

⁴) Eine Ausnahme ist in Österreich die bei der Lieferung bzw. erstmaligen Zulassung eines Kfz fällige Normverbrauchsabgabe (NoVA), die als von der Emissionsintensität abhängiger Prozentsatz des Nettowerts ermittelt wird.

⁵) Vgl. Kletzan-Slamanić & Schratzenstaller (2022) für Einzelheiten.

Übersicht 1: Gesetzgebungs- und Ertragskompetenz bezüglich umweltrelevanter Steuern und Gebühren nach Gebietskörperschaften in Österreich, 2022

| Umweltschädlicher Vorgang | Steuern oder Abgaben | Gesetzgebungs- und Verordnungskompetenz | Ertragskompetenz/ Gebührenhoheit |
|-------------------------------|--|---|----------------------------------|
| Energieverbrauch | Mineralölsteuer | B | B/L/G |
| | Kohleabgabe | B | B/L/G |
| | Erdgasabgabe | B | B/L/G |
| | Elektrizitätsabgabe | B | B/L/G |
| | Emissionszertifikate EU-Emissionshandelssystem | EU | B |
| | Nationale Bepreisung von Non-ETS-Emissionen | B | B |
| | Sonderabgabe Erdöl ¹⁾ | B | B |
| Transport²⁾ | Kfz-Steuer | B | B/L/G |
| | Normverbrauchsabgabe | B | B/L/G |
| | Motorbezogene Versicherungssteuer | B | B/L/G |
| | Flugticketabgabe | B | B/L/G |
| | Lkw-Maut | B | ASFINAG |
| | Vignette | B | ASFINAG |
| | Parkometerabgaben | B, L, G | G |
| Ressourcenverbrauch | Grundsteuer | B, G | G |
| | Jagd- und Fischereiabgabe | L | L |
| | Landschaftsschutz-, Naturschutzabgabe | L | L |
| | Wiener Baumschutzabgabe | L | L |
| | Zweitwohnsitzabgabe | B, L, G | G |
| | Wassergebühren | G | G |
| | Umweltverschmutzung | Altlastenbeitrag | B |
| Abwassergebühren | G | G | |
| Müllgebühren | G | G | |

Q: Kletzan-Slamanig & Schratzenstaller (2022). – EU: Europäische Union. – B: Bund, L: Länder, G: Gemeinden. – ¹⁾ Wird seit 1996 nicht mehr erhoben. – ²⁾ Nur Steuern auf den Erwerb und den Besitz von Kfz sowie die Nutzung von Verkehrswegen.

2.2 Entwicklung der Einnahmen aus Umweltsteuern in Österreich

Übersicht 2 enthält das Aufkommen an Umweltsteuern in Österreich seit 1995. Insgesamt sind die (nicht inflationsbereinigten) Einnahmen aus umweltrelevanten Abgaben zwischen 1995 und 2021 von 4,2 Mrd. € auf 9,5 Mrd. € gestiegen, insbesondere weil sich die Mineralölsteuereinnahmen⁴⁾ – der weit überwiegende Teil der Energiesteuern – merklich erhöhten, die Energieabgaben eingeführt wurden und sich das Aufkommen der motorbezogenen Versicherungssteuer nahezu verfünffachte. Die Relation zum BIP entspricht mit 2,4% 2021 jener des Jahres 1995.

⁴⁾ Der deutliche Rückgang der Mineralölsteuereinnahmen im Jahr 2020 ist insbesondere dem geringeren Verkehrsaufkommen infolge der COVID-19-Pandemie geschuldet.

Übersicht 2: Aufkommen an umweltrelevanten Steuern in Österreich, 1995 bis 2021

| | | 1995 | 2000 | 2010 | 2015 | 2020 | 2021 | |
|--|---------------------------------------|--------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------|
| | Steuerart | Abgaben, in Mio. € | | | | | | |
| Ausschließliche und gemeinschaftliche Bundesabgaben | | 3.800 | 5.154 | 6.901 | 8.180 | 7.957 | 8.781 | |
| | Mineralölsteuer | E | 2.469 | 2.726 | 3.854 | 4.218 | 3.579 | 4.201 |
| | Kfz-Steuer | T | 112 | 132 | 70 | 49 | 51 | 57 |
| | Kfz-Zulassungssteuer | T | 89 | 143 | 158 | 174 | 175 | 189 |
| | Motorbezogene Versicherungssteuer | T | 551 | 975 | 1.554 | 2.181 | 2.611 | 2.680 |
| | Normverbrauchsabgabe (NoVA) | T | 355 | 433 | 453 | 395 | 440 | 406 |
| | Straßenverkehrsbeitrag | T | 180 | 84 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Sicherheitsabgabe | T | 14 | 28 | 30 | 0 | 0 | 0 |
| | Sonderabgabe auf Erdöl | E | 10 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Energieabgabe ¹⁾ | E | 0 | 562 | 726 | 931 | 836 | 925 |
| | Alllastenbeitrag | P | 21 | 71 | 51 | 56 | 57 | 66 |
| | Flugticketabgabe | T | 0 | 0 | 0 | 109 | 23 | 46 |
| | Emissionszertifikate ²⁾ | E | 0 | 0 | 5 | 67 | 184 | 209 |
| Ausschließliche Landesabgaben | | 13 | 18 | 20 | 33 | 30 | 31 | |
| | Jagd- und Fischereiabgabe | R | 7 | 10 | 10 | 22 | 15 | 14 |
| | Wiener Baumschutzgesetz | R | 1 | 1 | 2 | 2 | 3 | 5 |
| | Landschaftsschutz-, Naturschutzabgabe | R | 5 | 6 | 9 | 10 | 12 | 13 |
| Ausschließliche Gemeindeabgaben | | 369 | 436 | 583 | 649 | 714 | 736 | |
| | Deponiestandortabgabe | P | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Zweitwohnsitzabgabe | R | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Grundsteuer (B) | R | 369 | 435 | 583 | 649 | 714 | 736 |
| Umweltabgaben insgesamt | | 4.182 | 5.608 | 7.505 | 8.862 | 8.701 | 9.548 | |
| <i>In % des BIP</i> | | 2,4 | 2,6 | 2,5 | 2,6 | 2,3 | 2,4 | |
| <i>In % der Gesamtabgabeneinnahmen³⁾</i> | | 5,7 | 6,2 | 6,2 | 6,0 | 5,4 | 5,4 | |

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. - E: Energiesteuern. - T: Transportsteuern. - R: Ressourcensteuern. - P: Verschmutzungssteuern. - ¹⁾ Elektrizitäts-, Erdgas- und Kohleabgabe, netto. - ²⁾ Auktionserlöse aus dem EU-Emissionshandelssystem. - ³⁾ Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Zu den Umweltsteuern im engeren Sinne kommen ökologisch relevante Zahlungen an Gemeinden sowie sonstige Gebietskörperschaften (Übersicht 3). Zwischen 1995 und 2021 sind die (nicht inflationsbereinigten) umweltrelevanten Zahlungen an die Gemeinden von knapp 1 Mrd. € auf 2,8 Mrd. € gestiegen. Bei den sonstigen Gebietskörperschaften spielten Zahlungen an die ASFINAG aufgrund der Einführung von Mautgebühren für Lkw und der Vignette für Pkw die größte Rolle. Die Relation zum BIP hat sich zwischen 1995 und 2021 von 0,6% auf 1,3% mehr als verdoppelt.

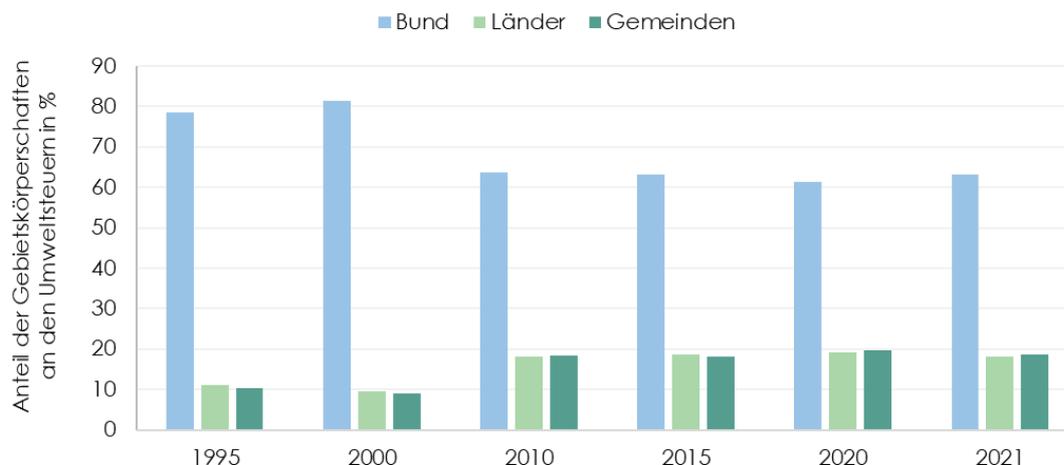
Übersicht 3: Aufkommen an umweltrelevanten Zahlungen an Gemeinden sowie sonstige Gebietskörperschaften in Österreich, 1995 bis 2021

| | | 1995 | 2000 | 2010 | 2015 | 2020 | 2021 |
|--|-----------|--------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | Steuerart | Abgaben, in Mio. € | | | | | |
| Ökologisch relevante Zahlungen an Gemeinden | | 951 | 1.626 | 1.973 | 2.383 | 2.736 | 2.790 |
| Müllgebühren | P | 223 | 426 | 621 | 714 | 812 | 838 |
| Abwassergebühren | P | 406 | 808 | 884 | 1.031 | 1.156 | 1.167 |
| Wassergebühren | R | 301 | 351 | 402 | 528 | 618 | 625 |
| Abgabe für das Parken von Kfz (Wien) – Parkometerabgabe | T | 20 | 43 | 67 | 111 | 150 | 160 |
| Gebühren an diverse Körperschaften | | 191 | 456 | 1.535 | 1.890 | 2.118 | 2.346 |
| Mauten für Höhenstraßen | T | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Vignettenerlöse (Pkw-Zeitmaut) | T | 0 | 200 | 356 | 449 | 449 | 477 |
| Sondermauterlöse (Streckenmauterlöse) | T | 191 | 255 | 124 | 157 | 137 | 173 |
| Lkw-Mauterlöse (Lkw-fahrleistungsmaut) | T | 0 | 0 | 1.031 | 1.253 | 1.498 | 1.655 |
| SKD ¹⁾ (Ersatzmaut) | T | 0 | 0 | 23 | 31 | 34 | 42 |
| Ökologisch relevante Zahlungen und Gebühren insgesamt | | 1.142 | 2.083 | 3.508 | 4.273 | 4.854 | 5.136 |
| <i>in % des BIP</i> | | 0,6 | 1,0 | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,3 |
| <i>in % der Gesamtabgabeneinnahmen²⁾</i> | | 1,6 | 2,3 | 2,9 | 2,9 | 3,0 | 2,9 |

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Service- und Kontrolldienst (Mautaufsichtsorgane) der ASFINAG. – ²⁾ Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Abbildung 1 zeigt die Anteile der Gebietskörperschaften an den gesamten umweltrelevanten Steuereinnahmen im Zeitraum von 1995 bis 2021. Diese haben sich langfristig im Wesentlichen durch die Umwandlung einiger ursprünglich als ausschließliche Bundesabgaben erhobenen umweltbezogenen Steuern in gemeinschaftliche Bundesabgaben zugunsten von Ländern und Gemeinden verschoben.

Abbildung 1: Anteile der Gebietskörperschaften in % der gesamten Einnahmen aus umweltrelevanten Steuern, 1995 bis 2021



Q: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

3. Überblick über wichtige Ökologisierungsschritte im österreichischen Abgabensystem

Auch Österreich führte Umweltsteuern zunächst aus fiskalischen Gründen ein. Die ältesten Steuerkategorien, die nach der Eurostat/OECD-Definition zu den Umweltsteuern zählen, sind die 1949 implementierte Mineralölsteuer und die 1952 eingeführte Kraftfahrzeugsteuer. In den 1990er Jahren fanden, ähnlich wie in einer Reihe anderer Länder (Köppl & Pichl, 1995), größere, auch umweltpolitisch motivierte Änderungen im österreichischen Steuersystem statt: 1991 wurde die Normverbrauchsabgabe implementiert. 1993 wurde die Kraftfahrzeugsteuer reformiert und für Pkw/Kombikraftwagen und Krafträder, die der Versicherungspflicht der Haftpflichtversicherung unterliegen, durch die neu geschaffene motorbezogene Versicherungssteuer ersetzt. Die Mineralölsteuer wurde mit dem EU-Beitritt 1995 an den europäischen Rechtsrahmen angepasst, 1996 wurden die Elektrizitäts- und die Erdgasabgabe eingeführt.

Das Jahr 2004 brachte mit einer Erhöhung von Mineralölsteuer und Erdgasabgabe sowie der Einführung der Kohlenabgabe einen weiteren Ökologisierungsschritt (Breuss et al., 2004). Seither erfolgten mehrere Erhöhungen der Mineralölsteuer sowie Reformen bzw. Erhöhungen der Normverbrauchsabgabe, auch die motorbezogene Versicherungssteuer wurde mehrfach reformiert bzw. angehoben.

Die jüngsten österreichischen Umweltsteuern sind erstens die Flugticketabgabe, die nach ihrer Einführung 2011 in den Folgejahren zweimal gesenkt und schließlich 2020 für Kurz- und Mittelstrecke angehoben, für Langstrecke dagegen reduziert wurde. Zweitens wird seit Oktober 2022 in den nicht vom EU-Emissionshandel abgedeckten Sektoren eine CO₂-Bepreisung eingehoben, die bis 2025 in jährlichen Schritten erhöht wird (vgl. Köppl et al., 2021, und Kettner et al., 2021, für Details).

Übersicht 4 bietet einen Überblick über die wichtigsten Reformen der bedeutendsten Umweltsteuern in Österreich seit Beginn der 2000er Jahre. Sie sehen mit wenigen Ausnahmen Erhöhungen der Steuersätze bzw. eine Ökologisierung des Steuerdesigns (etwa ein vom Emissionsniveau der steuerpflichtigen Fahrzeuge abhängiges Bonus-Malus-System bei der Normverbrauchsabgabe) vor. Ausnahmen sind die erwähnten dauerhaften Reduktionen bei der Flugticketabgabe sowie die temporäre Senkung von Elektrizitäts- und Erdgasabgabe im Rahmen der aktuellen Anti-Teuerungsmaßnahmen des Bundes.

Weitere Schritte zur Ökologisierung des Abgabensystems umfassen daneben das Setzen positiver Anreize für klimafreundliche Entscheidungen: etwa der ab 2023 geltende Investitionsfreibetrag für Unternehmen, der für grüne Investitionen höher ist; oder die Möglichkeit für die vom Energiekrisenbeitrag betroffenen Energieunternehmen, durch Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz den effektiven Steuersatz des Energiekrisenbeitrags auf Zufallsgewinne zu reduzieren. Zusätzlich wurden diverse Steuererleichterungen für die Nutzung von Fahrrädern oder den öffentlichen Verkehr für Arbeitnehmer:innen bzw. Arbeitgeber:innen eingeführt.

Die umwelt- bzw. klimaproduktive Wirkung von Umweltsteuern bzw. positiver umwelt- und klimapolitischer steuerlicher Anreize wird durch nach wie vor relativ umfangreiche klimaschädliche Steuerausnahmen konterkariert: Nach einer aktuellen Studie von Kletzan-Slamanig et al.

(2022) belaufen sich diese auf 4,1 bis 5,7 Mrd. €. Im Rahmen der Entlastungsmaßnahmen für Haushalte und Unternehmen zur Abfederung der ökonomischen und sozialen Effekte der hohen Anstiege des allgemeinen Preisniveaus sowie der Energiepreise wurden auch umfangreiche temporäre klimaschädliche Steuerausnahmen eingeführt (Ausweitung der Pendlerpauschale, Reduktion der Energieabgabensätze).

Übersicht 4: Reformen wichtiger Umweltsteuern in Österreich im Überblick, 2004 bis 2022

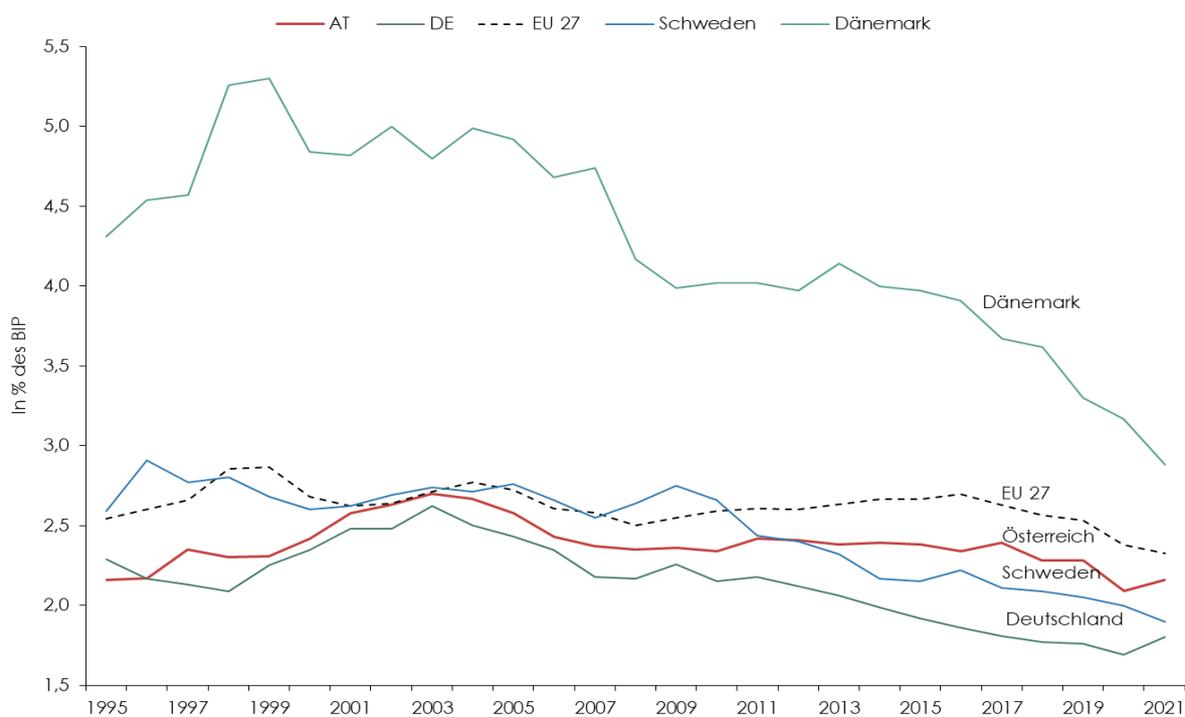
| | Einführung (Jahr) | Änderung/Reform (Jahr) ¹⁾ |
|---|--------------------|---|
| Mineralölsteuer | 1949 ²⁾ | Erhöhung (2004, 2007, 2011) |
| Kraftfahrzeugsteuer | 1952 ³⁾ | Senkung (2011) |
| Normverbrauchsabgabe | 1991 | Einführung CO ₂ -Zuschlag (2011) Ökologisierung, Erhöhung (2014, 2021, 2022, 2023, 2024) |
| Motorbezogene Versicherungssteuer | 1993 ⁴⁾ | Erhöhung (2014) |
| Erdgasabgabe | 1996 | Erhöhung (2004) Temporäre Senkung (1. Mai 2022 bis 30. Juni 2023) |
| Elektrizitätsabgabe | 1996 | Temporäre Senkung (1. Mai 2022 bis 30. Juni 2023) |
| Kohleabgabe | 2004 | - |
| Flugticketabgabe | 2011 | Senkung (2013, 2018) Erhöhung Steuersatz für Kurz- und Mittelstrecke, Senkung Steuersatz für Langstrecke (2020) |
| Nationale Bepreisung Non-ETS-Emissionen | 2022 | Jährliche schrittweise Erhöhung bis 2025 |

Q: WIFO-Recherchen und -Zusammenstellung. – 1) Seit 2000.– 2) Löste das bis dahin gültige reichsdeutsche Mineralölsteuergesetz von 1930 ab; Einführung des aktuellen Gesetzes 1995. – 3) Löste das mindestens seit 1938 gültige Vorläufergesetz ab; Einführung des aktuellen Gesetzes 1993. Betrifft seit 1993 Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gewicht über 3,5 Tonnen. – 4) Betrifft Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gewicht bis zu 3,5 Tonnen.

4. Österreich im internationalen Vergleich

Abbildung 2 zeigt die Einnahmen aus Umweltsteuern bezogen auf das BIP in Österreich im Vergleich zum EU27-Durchschnitt sowie zu einigen ausgewählten EU-Ländern. Langfristig liegt diese Relation in Österreich (außer Anfang der 2000er Jahre) unter dem EU27-Durchschnitt. Der Anteil der Umweltsteuern in % des BIP lag in Österreich 2021 bei 2,2% (und damit nach einem Anstieg bis auf 2,7% im Jahr 2003 genau wieder beim Wert des Jahres 1995).

Abbildung 2: Umweltsteuern in % des BIP, EU27, 1995 bis 2021



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. EU 27: Arithmetisches Mittel.

Übersicht 5 enthält die Länder, in denen eine CO₂-Steuer eingehoben wird, und die jeweilige Höhe des CO₂-Steuersatzes in US-\$. Österreich liegt mit einem CO₂-Preis von 33 US-\$ (30 €) (2022) im Mittelfeld der insgesamt 21 europäischen Länder mit CO₂-Bepreisung.

Übersicht 5: CO₂-Steuern weltweit (2022)

| Land | Bereich | Jahr der Einführung | Anteil der abgedeckten nationalen THG-Emissionen in % | CO ₂ -Preis [US\$/tCO ₂ e] |
|--------------------------------------|-------------|---------------------|---|--|
| Ostasien und Pazifischer Raum | | | | |
| Japan | National | 2012 | 83,4 | 2,36 |
| Singapur | National | 2019 | n.V. | 3,69 |
| Europa | | | | |
| Deutschland ¹⁾ | National | 2021 | 40,0 | 33,0 |
| Österreich ¹⁾ | National | 2022 | 40,3 | 33,0 |
| Ukraine | National | 2011 | 66,7 | 1,03 |
| Frankreich | National | 2014 | 38,8 | 49,29 |
| Vereinigtes Königreich | National | 2013 | 29,6 | 23,65 |
| Norwegen | National | 1991 | 98,0 | 87,61 / 8,81 (regulär/reduzierter Satz) |
| Finnland | National | 1990 | 76,0 | 85,10 / 58,58 (Transport/ andere fossile Brennstoffe) |
| Irland | National | 2010 | 53,8 | 45,31 / 37,02 (Transport/ andere fossile Brennstoffe) |
| Niederlande | National | 2021 | 14,2 | 46,14 |
| Schweden | National | 1991 | 86,7 | 129,89 |
| Portugal | National | 2015 | 37,1 | 26,44 |
| Dänemark | National | 1992 | 48,0 | 26,62 / 22,29 (fossile Brennstoffe/ F-Gase) |
| Polen | National | 1990 | 4,1 | 0,08 |
| Schweiz | National | 2008 | 39,3 | 129,86 |
| Slowenien | National | 1996 | 62,4 | 19,12 |
| Luxemburg | National | 2021 | 65,5 | 43,35 / 27,63 (Treibstoff / alle anderen fossilen Brennstoffe) |
| Spanien | National | 2014 | 2,9 | 16,58 |
| Island | National | 2010 | 55,4 | 34,25 / 19,46 (fossile Brennstoffe/ F-Gase) |
| Estland | National | 2000 | 10,9 | n.V. |
| Lettland | National | 2004 | 4,8 | 16,58 |
| Liechtenstein | National | 2008 | 29,0 | 129,87 |
| Lateinamerika, Karibik | | | | |
| Mexiko | National | 2014 | n.V. | 3,72 / 0,42 (Obergrenze / Untergrenze) |
| Argentinien | National | 2018 | n.V. | 4,99 / 0,003 (die meisten flüssigen Brennstoffe / Mineralöl, Kohle und Petrolkoks) |
| Kolumbien | National | 2017 | n.V. | 5,01 |
| Chile | National | 2017 | n.V. | 5,00 |
| Uruguay | National | 2022 | n.V. | 137,30 |
| Baja California | Subnational | 2020 | n.V. | n.V. |
| Tamaulipas | Subnational | 2021 | n.V. | 14,55 |
| Zacatecas | Subnational | 2017 | n.V. | n.V. |
| Nordamerika | | | | |
| Kanada | National | 2019 | 24,6 | 39,96 |
| British Columbia | Subnational | 2008 | n.V. | 39,96 |
| New Brunswick | Subnational | 2020 | n.V. | 39,96 |
| Neufundland und Labrador | Subnational | 2019 | n.V. | 39,96 |
| Northwest Territories | Subnational | 2019 | n.V. | 31,97 |
| Prince Edward Island | Subnational | 2019 | n.V. | 23,98 |
| Afrika – Sub-Sahara | | | | |
| Südafrika | National | 2019 | n.V. | 9,84 |

Q: World Bank (2022), UNFCCC (2022). - ¹⁾ Nationales Emissionshandelssystem mit Fixpreis.

5. Schlussbemerkungen und Ausblick

Die Nutzung von Steuern als Instrument für umweltpolitische Zielsetzungen ist bereits seit Jahrzehnten in der umweltökonomischen Literatur verankert. Die nach der OECD/Eurostat Definition den Umweltsteuern zugerechneten Steuern weisen auch für Österreich ein über die Zeit zunehmendes Aufkommen auf. Steuererhöhungen in diesem Bereich waren zunächst primär budgetär motiviert, zunehmend rückten aber auch Umweltüberlegungen in den Vordergrund. Mit der jüngsten Ökologisierung des Steuersystems und der Einführung einer CO₂-Bepreisung im Jahr 2022 schließt Österreich an die wachsende Gruppe der Länder auf, die eine CO₂-Bepreisung als Instrument der Klimapolitik nutzen. Künftige Reformen sollten auf einen umfassenderen Beitrag des Abgabensystems zur erforderlichen sozio-ökologischen Transformation abzielen, der über die derzeitige Fokussierung auf klimapolitische Zielsetzungen hinausgeht. Insbesondere soll das Abgabensystem im Rahmen eines breiteren Maßnahmen-Mix helfen, den Ressourcenverbrauch (einschließlich der Ressource Boden) einzudämmen, die Biodiversität zu schützen (vgl. OECD, 2021) und die Kreislaufwirtschaft zu unterstützen. Dies erfordert auch den stärkeren Einsatz von transformativen Abgaben auf den subnationalen Ebenen (Kletzan-Slamanig & Schratzenstaller, 2022).

Literaturhinweise

- Breuss, F., Kaniovski, S., & Schratzenstaller, M. (2004). Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte. *WIFO-Monatsberichte*, 77(8). <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/25204>.
- Eurostat (2013). *Environmental Taxes, A Statistical Guide*.
- Kettner, C., Loretz, S. & Schratzenstaller, M. (2021). Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung. *WIFO-Monatsberichte*, 94(11). <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69189>.
- Kletzan-Slamanig, D., & Schratzenstaller, M. (2022). Ökologisierung des Abgabensystems im Föderalstaat. In Bußjäger, P., & Eller, M. (Hrsg.), *Handbuch der österreichischen Finanzverfassung* (S. 221-244). New Academic Press.
- Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Sinabell, F., Kirchmayr, S., Müller, S., Rimböck, A., Voit T., Heher, M., & Schanda, R., (2022). *Analyse klimakonttraproduktiver Subventionen in Österreich*. https://www.wifo.ac.at/publikationen/publikationssuche?detail-view=yes&publikation_id=69687.
- Köppl, A., & Pichl, C. (1995). Anreizorientierte Instrumente der Umweltpolitik. *WIFO-Monatsberichte*, 68(11). <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/227>.
- Köppl, A., & Schratzenstaller, M. (2021). Aspects of Environmentally Beneficial Tax Incentives. A Literature Review. *WIFO Working Papers*, (621). <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66860>.
- Köppl, A., & Schratzenstaller, M. (2022). Carbon Taxation: A Review of the Empirical Literature. *Journal of Economic Surveys*, 1-36. <https://doi.org/10.1111/joes.12531>.
- Köppl, A., Schleicher, S., & Schratzenstaller, M. (2021). CO₂-Bepreisung in der Steuerreform 2022/2024. *WIFO Research Briefs*, (13). <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69168>.
- OECD (2021). *Tracking Economic Instruments and Finance for Biodiversity 2021*. OECD.
- Timilsina, G. (2022). Carbon Taxes. *Journal of Economic Literature*, 60(4). <https://www.aeaweb.org/articles/pdf/doi/10.1257/jel.20211560>.